

Windenergierecht aktuell

Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe des Newsletters „Windenergierecht aktuell“ der Stiftung Umweltenergierecht zu präsentieren. Unser Newsletter informiert Sie regelmäßig über windenergiebezogene Themen aus den Bereichen

- Gesetzgebung und rechtspolitische Entwicklungen
- Rechtsprechung und
- Literatur

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter weiterempfehlen!

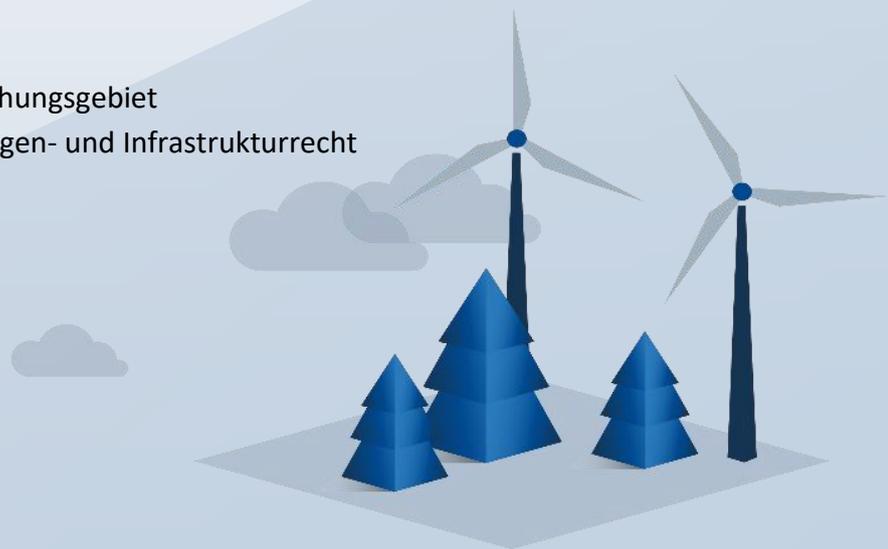
Herzliche Grüße

Thorsten Müller

Frank Sailer

Vorsitzender
des Stiftungsvorstandes

Leiter Forschungsgebiet
Energieanlagen- und Infrastrukturrecht



Aktuelles aus der Stiftung Umweltenergierecht

Online-Seminarreihe | Jeden letzten Dienstag im Monat | 9:00 bis 10:00 Uhr
Green Deal erklärt

Mehr Informationen finden Sie auf unserer [Veranstaltungsseite](#).

Inhalt

I. Gesetzgebung und Vollzug	1
1. Gesetzgebung	1
2. Vollzug	4
II. Rechtspolitische Entwicklungen	6
1. Europäische Union	6
2. Bund.....	6
3. Bundesländer	7
a. Baden-Württemberg	7
b. Bayern	7
c. Brandenburg	7
d. Hessen	9
e. Mecklenburg-Vorpommern	9
f. Niedersachsen.....	9
g. Nordrhein-Westfalen.....	10
h. Rheinland-Pfalz	12
i. Sachsen.....	12
j. Sachsen-Anhalt	12
III. Aktuelle Rechtsprechung	14
1. Verfassungsgerichte.....	14
2. Bundesverwaltungsgericht	14
3. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe	15
4. Verwaltungsgerichte	18
IV. Literatur.....	20
1. Juristische Aufsätze und Beiträge	20
2. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen	26
3. Sonstiges	31

I. Gesetzgebung und Vollzug

1. Gesetzgebung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
**Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien -
Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften**
BT-Drucksache 19/25302 vom 15.12.2020

Aus dem Inhalt: „Die Förderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist und bleibt vorerst der Motor des Ausbaus der Erneuerbaren Energien im Stromsektor. Gleichzeitig kommt auch der Säule des nicht aus dem EEG geförderten Ausbaus der Erneuerbaren Energien eine immer stärkere Bedeutung zu und sollte konsequent vorangetrieben werden, beispielsweise durch verbesserte Rahmenbedingungen für Power Purchase Agreements (PPA). Das Ambitionsniveau des EEG muss dementsprechend an das Ambitionsniveau der relevanten Beschlüsse und Entscheidungen auf EU-Ebene angepasst werden und gleichzeitig den Ausbau der Erneuerbaren Energien außerhalb des EEG berücksichtigen; entsprechende Mechanismen sind in dieser EEG-Gesetzes-novelle bereits angelegt. Mit dem vorliegenden EEG 2021 werden wir zudem beschließen, dass die Stromversorgung in Deutschland bereits vor dem Jahr 2050 treibhausgasneutral erfolgen soll. Die Ausbauziele für die Windenergie an Land sowie die Photovoltaik für 2030 und die Jahresziele auf dem Weg müssen dementsprechend spürbar und verlässlich gegenüber der jetzigen EEG-Planung angehoben werden.“

Link: <https://t1p.de/lysv>

Verkündung

**Betreffend: Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
und weiterer energierechtlicher Vorschriften**

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020 Teil I Nr. 65 vom 21.12.2020

Link: <https://t1p.de/uw5t>

Link zum Gesamtvorgang: <https://t1p.de/ysw2>

Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz

BR-Drucksache 25/1/21 vom 01.02.2021

Aus dem Inhalt: „Der Bundesrat [...] stellt fest, dass gegenüber dem Vorschlag der Bundesregierung teilweise Bedenken bestehen, ob die Regelung geeignet ist, tatsächlich für Verfahrenserleichterungen und das erforderliche Maß an Rechtssicherheit zu sorgen. Eine zwingende Beschränkung auf eine Differenzbetrachtung von Altanlage gegenüber Neuanlage kann zu fachlich unvertretbaren Ergebnissen und damit zu rechtsunsicheren Genehmigungen führen. Der eingeschränkte Prüfungsmaßstab darf bei nicht durch das Repowering verursachten Auswirkungen auch nicht dazu führen, dass eine Änderungsgenehmigung zu erteilen ist, obwohl die Anlage als Neuanlage nicht genehmigungsfähig wäre. Er bittet die Bundesregierung möglichst umgehend einen neuen Vorschlag vorzulegen und diesen (parallel zum Gesetzgebungsverfahren) mit den Ländern im Rahmen des verabredeten Arbeitsprozesses zur Schaffung von Verfahrenserleichterungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz für das Repowering abzustimmen.“

Link: <https://t1p.de/ltfo>

Link zum Gesamtvorgang: <https://t1p.de/v96m>

Gesetzentwurf der BVB/Freie Wähler Fraktion des Brandenburgischen Landtags

Betreffend: Gesetz zum Verbot der Errichtung von Windenergieanlagen in Wäldern

LT-Drucksache 7/2836 vom 15.01.2021

Aus dem Inhalt: „Im Waldgesetz des Landes Brandenburg ist das Verbot der Errichtung von Windenergieanlagen in den Wäldern Brandenburgs zu verankern.“

Link: <https://t1p.de/lbm2>

Gesetzentwurf der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Abgeordneten von der SSW des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung einer Clearingstelle Windenergie

LT-Drucksache 19/2342 vom 26.08.2020

Aus dem Inhalt: „Die Einrichtung der Clearingstelle soll zur Vermeidung und Bewältigung von Konflikten auf kommunaler Ebene im Rahmen des Windkraftausbaus in Schleswig-Holstein beitragen und die Akzeptanz der Windenergie bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gemeinden fördern.“

Link: <https://t1p.de/bop3>

Ausschussberatung im Innen- und Rechtsausschuss

Betreffend: Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung einer Clearingstelle Windenergie

10.02.2021

Link zum Gesamtvorgang: <https://t1p.de/bcsr>

Gesetzentwurf der Fraktionen CDU und FDP im Thüringer Landtag

Betreffend: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

LT-Drucksache 7/62 vom 22.01.2020

Aus dem Inhalt: „Durch den "Erlass zur Planung von Vorranggebieten 'Windenergie', die zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten haben" (Windenergieerlass) des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 21. Juni 2016 ist der Bau von Windenergieanlagen in Thüringer Wäldern nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen. Dies hat bereits zum Bau von Windenergieanlagen geführt, teilweise gegen erhebliche Proteste der Bevölkerung vor Ort. Windenergieanlagen und Maßnahmen zu deren Errichtung führen nicht nur direkt wegen der Rodung für die erforderlichen großen Freiflächen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Waldes, sondern führen auch indirekt in der Umgebung zu großen Schäden. Auch die riesigen Betonfundamente können beispielsweise den Wasserhaushalt massiv stören.“

Link: <https://t1p.de/iklr>

Verkündung

Betreffend: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes
Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen 2020 Nr. 33
vom 30.12.2020

Link: <https://t1p.de/qcys>

Link zum Gesamtvorgang: <https://t1p.de/tchs>

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Betreffend: Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung- Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

LT-Drucksache 7/1584 vom 09.09.2020

Aus dem Inhalt: „Thüringen macht von der Länderöffnungsklausel Gebrauch und setzt den Mindestabstand gesetzlich auf einheitlich 1.000 Meter fest und definiert die Gebiete mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken, zu denen dieser Mindestabstand gelten soll. Ausdrücklich unberührt bleiben weitergehende Vorsorgeabstände, die von den Planungsträgern für die in den Planungsregionen aufzustellenden Regionalpläne festgelegt werden können“

Link: <https://t1p.de/fxip>

Ausschussberatung

Betreffend: Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung- Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

20.01.2021

Link zum Gesamtvorgang: <https://t1p.de/9bhw>

2. Vollzug

Umweltministerkonferenz

Betreffend: Windenergie und Artenschutz: Erarbeitung eines Signifikanzrahmens

Beschluss vom 11.12.2020

Aus dem Inhalt: „Die UMK beschließt in diesem Sinne den von der ad-hoc Bund-/Länder-Arbeitsgruppe der Amtschefinnen und Amtschefs der Umweltressorts des Bundes und der Länder unter Einbindung unter anderem der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA), des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) und der Fachagentur Windenergie an Land, vorgelegten „Standardisierten Bewertungsrahmen zur Ermittlung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos im Hinblick auf Brutvogelarten an Windenergieanlagen (WEA) an Land – Signifikanzrahmen (Stand: 11.12.2020)“.

Link: <https://t1p.de/jauw>

Baden-Württembergisches Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Betreffend: Hinweise zur Erfassung und Bewertung von Vogelvorkommen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen vom 15.01.2021

Einführungserlass vom 15.01.2021

Aus dem Inhalt: „Für die Vorhabenträger besteht bis auf Weiteres ein Wahlrecht, ob das Verfahren unter Anwendung der bisherigen „Hinweise für den Untersuchungsumfang zur Erfassung von Vogelarten bei der Bauleitplanung und Genehmigung für Windenergieanlagen (LUBW 2020)“ und den „Hinweisen zur Bewertung von Beeinträchtigungen von Vogelarten bei der Bauleitplanung und Genehmigung für Windenergieanlagen (LUBW 2015)“ oder nach den neu gefassten Hinweisen 2021 geführt werden soll.“

Link: <https://t1p.de/wjib>

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Betreffend: Verwaltungsvorschrift (VwV) „Naturschutz/Windenergie“

Gemeinsamer Runderlass vom 17.12.2020

Aus dem Inhalt: „Die Verwaltungsvorschrift Naturschutz/Windenergie 2020 (im Folgenden bezeichnet als VwV 2020) erläutert als norminterpretierende Verwaltungsvorschrift die Kriterien u. a. zur Ermittlung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in Verbindung mit § 44 Abs. 5 BNatSchG. Sie erläutert ferner die Voraussetzungen für die Erteilung von Ausnahmen von diesen Verboten in den als Ziel der Raumordnung in den Teilregionalplänen Energie festgelegten „Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie“ (Windenergie-Vorranggebiete [WEA-VRG]) mit Ausschlusswirkung. Besondere Beachtung erfährt dabei die Bewertung des signifikant erhöhten Tötungsrisikos von WEA-sensiblen Vogel- und Fledermausarten durch den Betrieb von Windenergie-Anlagen (WEA) in den Vorranggebieten.“

Link: <https://t1p.de/7mxk>

II. Rechtspolitische Entwicklungen

1. Europäische Union

Rat der Europäischen Union

Betreffend: Fostering European Cooperation in Offshore and Other Renewable Energies

Veröffentlichung (13893/20) vom 11.12.2020

Aus dem Inhalt: „The Council of the European Union calls on the commission to ensure swift follow-up to these conclusions and the EU Offshore Renewable Energy Strategy, in view of the additional efforts needed to achieve the objective of climate neutrality, by preparing, in close cooperation with the Member States a proposal for an ‘enabling framework’ at Union level for cross-border and other relevant national renewable energy projects”

Link: <https://t1p.de/aerb>

Europäische Kommission

Betreffend: Eine EU-Strategie zur Nutzung des Potenzials der erneuerbaren Offshore-Energie für eine klimaneutrale Zukunft

Veröffentlichung (COM(2020) 741 final) vom 19.11.2020

Aus dem Inhalt: „Europas Vorteil als Pionier der erneuerbaren Offshore-Energien ergibt sich aus dem enormen Potenzial der Meere der Europäischen Union von der Nordsee und Ostsee bis zum Mittelmeer, vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer sowie der Meere um die Gebiete in äußerster Randlage⁴ der EU und die überseeischen Länder und Gebiete. Die Ausschöpfung dieses technologischen und physischen Potenzials ist von entscheidender Bedeutung, wenn Europa seine CO₂-Emissionsreduktionsziele bis 2030 erreichen und bis 2050 klimaneutral werden soll.“

Link: <https://t1p.de/lil>

2. Bund

Kleine Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion

Betreffend: Herausforderungen beim Ausbau der Windenergieanlagen an Land

BT-Drucksache 19/25399 vom 17.12.2020

Link: <https://t1p.de/xjtc>

3. Bundesländer

a. Baden-Württemberg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rainer Podeswa (AfD)

Betreffend: Leistungsverlust durch Vereisung von Windkraftanlagen

LT-Drucksache 16/9922 vom 09.02.2021

Link: <https://t1p.de/k6tm>

Antwort des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Winfried Mack (CDU)

Betreffend: Bau von Windrädern im Staatswald seit 2011

LT-Drucksache 16/9600 vom 06.02.2021

Link: <https://t1p.de/zlsv>

Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Betreffend: Eine EU-Strategie zur Nutzung des Potenzials der erneuerbaren Offshore-Energie für eine Klimaneutrale Zukunft COM(2020) 741 final (BR 706/20)

LT-Drucksache 16/9613 vom 22.12.2020

Link: <https://t1p.de/jz8p>

b. Bayern

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreffend: 5 Jahre Klimaabkommen von Paris – jetzt umsteuern

LT-Drucksache 18/11882 vom 08.12.2020

Link: <https://t1p.de/pdpw>

c. Brandenburg

Kleine Anfrage des Abgeordneten Sebastian Walter (Die Linke)

Betreffend: Windenergieabgabegesetz und EEG 2021

LT-Drucksache 7/2891 vom 26.01.2021

Link: <https://t1p.de/ufg0>

Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Felix Teichner (AfD)

Betreffend: Das Brandenburger Windenergieanlagenabgabegesetz (Bbg-WindAbgG) – Umsetzung und Aussicht

LT-Drucksache 7/2719 vom 21.12.2020

Link: <https://t1p.de/15xz>

Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage von Abgeordneten der AfD-Fraktion

Betreffend: Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Beförderung sogenannter regenerativer Energien

LT-Drucksache 7/2735 vom 23.12.2020

Link: <https://t1p.de/etjy>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler Fraktion)

Betreffend: Nachfrage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 893 – Erneute Lärmbelästigung durch Windräder in Bernau

LT-Drucksache 7/2622 vom 15.12.2020

Link: <https://t1p.de/b3mr>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Péter Vida (BVB/Freie Wähler Fraktion)

Betreffend: Repowering und Neuerrichtung von Windenergieanlagen in der Nähe von Wohnbebauung in Bernau

LT-Drucksache 7/2623 vom 14.12.2020

Link: <https://t1p.de/mjtn>

Frage des Abgeordneten Clemens Rostock (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Flächenausschluss für Windkraft durch Drehfunkfeuer

LT-Drucksache 7/2555 vom 11.12.2020

Link: <https://t1p.de/q1w8>

d. Hessen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP)

Betreffend: Änderung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien (TPEE) 2019 des Regionalplanes Südhessen – Entwurf 2020: Neue Windkraftanlagen in Büdingen?

LT-Drucksache 20/4435 vom 19.01.2021

Link: <https://t1p.de/wy95>

e. Mecklenburg-Vorpommern

Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber (AfD)

Betreffend: Recycling von Rotorblättern der aus der Förderung fallenden Windkraftanlagen

LT-Drucksache 7/5778 vom 26.01.2021

Link: <https://t1p.de/pr90>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber (AfD)

Betreffend: Vergraben von Rotorblättern

LT-Drucksache 7/5777 vom 26.01.2021

Link: <https://t1p.de/mu2g>

f. Niedersachsen

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung der Abgeordneten Imke Byl und Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Zukunft der Windenergie: Wie steht es um verfügbare Flächen und Genehmigungspraxis?

LT-Drucksache 18/8577 vom 18.02.2021

Link: <https://t1p.de/hivi>

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung auf kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Stefan Birkner, Horst Kortlang, Christian Grascha, Hermann Gruppe und Hillgriet Eilers (FDP)

Betreffend: Wie steht es um den neuen Niedersächsischen Windenergieerlass?

LT-Drucksache 18/8217 vom 21.12.2020

Link: <https://t1p.de/5cc2>

g. Nordrhein-Westfalen

Kleine Anfrage der Abgeordneten Josefine Paul und Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Kreis Soest

LT-Drucksache 17/12706 vom 18.02.2021

Link: <https://t1p.de/3b6i>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Hochsauerlandkreis

LT-Drucksache 17/12696 vom 17.02.2021

Link: <https://t1p.de/qzhe>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Märkischen Kreis

LT-Drucksache 17/12697 vom 17.02.2021

Link: <https://t1p.de/ldc0>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Kreis Siegen-Wittgenstein

LT-Drucksache 17/12698 vom 17.02.2021

Link: <https://t1p.de/58p3>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (Bündnis 90/Die Grünen)
Betreffend: Auswirkungen der geplanten neuen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen im Kreis Olpe

LT-Drucksache 17/12699 vom 17.02.2021

Link: <https://t1p.de/busl>

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ernst-Wilhelm Rahe und Christina Wenig (SPD)

Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen im Kreis Minden-Lübbecke

LT-Drucksache 17/12626 vom 12.02.2021

Link: <https://t1p.de/sdz2>

Kleine Anfrage der Abgeordneten André Stinka, Frank Sundermann und Annette Watermann-Krass (SPD)

Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie in der Stadt Münster

LT-Drucksache 17/12568 vom 03.02.2021

Link: <https://t1p.de/wqw0>

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jürgen Berghahn (SPD)

Betreffend: Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen im Kreis Lippe

LT-Drucksache 17/12503 vom 29.01.2021

Link: <https://t1p.de/18vf>

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems und Stefan Engstfeld (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Trägt die Landesregierung ihre Anti-Windenergiepolitik auf dem Rücken des Oberverwaltungsgerichtes Nordrhein-Westfalen aus?

LT-Drucksache 17/12459 vom 26.01.2021

Link: <https://t1p.de/d7hn>

Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Wibke Brems (Bündnis 90/Die Grünen)

Betreffend: Wird sich die Landesregierung bei der Einführung fester Mindestabstände von Windenergieanlagen an Prinzipien des Rechtsstaats halten?

LT-Drucksache 17/12277 vom 08.01.2021

Link: <https://t1p.de/vy7r>

h. Rheinland-Pfalz

Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephanie Lohr und Marcus Klein (CDU)

Betreffend: Windenergie im Ottenberger Forst

LT-Drucksache 17/14239 vom 19.01.2021

Link: <https://t1p.de/dkoa>

i. Sachsen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Jan-Oliver Zwerg (AfD)

Betreffend: Havarien und Betriebsstörungen bei Windenergieanlagen in Sachsen

LT-Drucksache 7/5152 vom 12.01.2021

Link: <https://t1p.de/kfeg>

j. Sachsen-Anhalt

Antwort der Landesregierung auf die kleine Anfrage des Abgeordneten Rüdiger Erben (SPD)

Betreffend: Windeignungsgebiet „Vier Berge-Teucherner Land“ (Burgenlandkreis)

LT-Drucksache 7/7242 vom 09.02.2021

Link: <https://t1p.de/0ifq>

Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Hannes Loth (AfD)

Betreffend: Havarie einer Windenergieanlage im Windpark Schwanebeck

LT-Drucksache 7/7145 vom 20.01.2021

Link: <https://t1p.de/70hg>

Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Hannes Loth
(AfD)

Betreffend: Anträge für den Ausbau der Windkraft

LT-Drucksache 7/7142 vom 19.01.2021

Link: <https://t1p.de/ks0w>

III. Aktuelle Rechtsprechung

1. Verfassungsgerichte

Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen mit Urteil vom 01.12.2020 – 10/19

Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde wegen vorgetragener Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung durch regionalplanerische Ausweisung eines Vorranggebietes für Windenergienutzung im Gebiet der Beschwerdeführerin

Aus dem Inhalt: Voraussetzungen unter denen eine Vorranggebietsausweisung in die kommunale Planungshoheit eingreift, nachhaltige Störung der örtlichen Planung (hier: bezüglich positiv ausgewiesener Flächen für Landwirtschaft und Naherholung), planerischer Entzug wesentlicher Teile des Gemeindegebiets durch die Regionalplanung; zu verfassungsrechtlichen Schranken der Regionalplanung, Beteiligungs- und Sachverhaltsermittlungspflichten des Planungsträgers, Abwägung der Planungshoheit mit überörtlichen Belangen (Klimaschutz), Gleichbehandlung aller im Regionalplan adressierten Gemeinden

2. Bundesverwaltungsgericht

BVerwG mit Beschluss vom 19.11.2020 – 4 BN 14/20

Erfolgreiche Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen eine Entscheidung im Normenkontrollverfahren gegen eine Konzentrationszonenplanung

Aus dem Inhalt: Befugnis zum Normenkontrollantrag eines Nichteigentümers mit Projektierungsabsichten

BVerwG mit Beschluss vom 12.11.2020 – 4 BN 15/20

Erfolgreiche Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen die Aufhebung einer Konzentrationszonenplanung im Normenkontrollverfahren

Aus dem Inhalt: Substanzielles Raumverschaffen durch die Planung als tatrichterlich zu beurteilende Tatsache; Hineinplanen in eine objektiv gegebene naturschutzrechtliche Ausnahme- und Befreiungslage

BVerwG mit Beschluss vom 29.10.2020 – 4 CN 2/19

Erfolgreiche Revision einer Kommune gegen die Aufhebung der Änderung des Flächennutzungsplans im Normenkontrollverfahren

Aus dem Inhalt: Rechtsfolge der Unwirksamkeit einer Änderung zum Flächennutzungsplan; Bekanntmachungserfordernis der Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB; Anforderung an den Satzungstext für eine den gesamten Außenbereich erfassende Ausschlusswirkung der Konzentrationszonenplanung

BVerwG mit Urteil vom 27.08.2020 – 4 C 1/19

Erfolgreiche Revision gegen die Abweisung einer Klage einer Standort-Ortsgemeinde (Rheinland-Pfalz) gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für 2 WEA durch das Berufungsgericht

Aus dem Inhalt: Eintritt der Einvernehmensfiktion nach § 36 Abs. 2 S. 2 BauGB; Rechtswirkung des fingierten Einvernehmens auf subjektive Rechtspositionen der Ortsgemeinde; in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung als bereits vorliegende, für die planungsrechtliche Beurteilung maßgebliche Tatsachen

3. Oberverwaltungsgerichte/Verwaltungsgerichtshöfe**OVG Berlin mit Beschluss vom 05.01.2021 – OVG 11 N 30.19**

Erfolgreicher Antrag der Standort-Gemeinde auf Zulassung der Berufung gegen die Abweisung einer Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für 2 WEA in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Mitwirkungspflichten der Gemeinde nach § 36 Abs. 1 S. 2 BauGB im Einvernehmensverfahren bei unvollständigen Antragsunterlagen

OVG Berlin mit Beschluss vom 28.12.2020 – OVG 1 S 29.20

Erfolgreiche Beschwerde einer Gemeinde gegen die einstweilig angeordnete Duldungsverpflichtung

Aus dem Inhalt: Anspruch des Genehmigungsinhabers auf Ertüchtigung eines Gemeindeweges für Schwerlasttransporte, die dem Aufbau eines genehmigten Windparks (12 WEA) dienen; keine Sondernutzung (§§ 18, 19 BbgStrG)

OVG Berlin mit Beschluss vom 26.11.2020 – OVG 2 A 28.18

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen die Ausschlusswirkung eines Flächennutzungsplans nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB

Aus dem Inhalt: Beachtlicher Abwägungsfehler in der Flächennutzungsplanung bei planerischer Ausrichtung an den Ausschlusskriterien eines nachträglich für unwirksam erklärten Regionalplans

VGH Kassel mit Beschluss vom 14.01.2021 – 9 B 2223/20

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für 3 WEA

Aus dem Inhalt: Entscheidungserheblicher Zeitpunkt bei sich im Hauptsacheverfahren ändernder Sach- und Rechtslage; gebiets- und artenschutzrechtliche Belange, Rotmilan; Bindungswirkung der Hessischen VwV 2020 Naturschutz/Windenergie

OVG Koblenz mit Urteil vom 06.10.2020 – 1 A 11357/19

Erfolgreicher Berufungsantrag gegen die Aufhebung der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für 2 WEA

Aus dem Inhalt: Artenschutzrecht, Rotmilan, Schwarzstorch, Wespenbussard, zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, LAG VSW (Helgoländer Papier), VwV RLP 2014 und 2017, Reduzierung des möglichen Abstands zum Horst auf 1.000 m im Einzelfall bei Rotmilan möglich, Raumnutzungsanalyse; nachträgliche Ansiedlung während des Klageverfahrens; Bindungswirkung eines immissionsschutzrechtlichen Vorbescheides; Z 163g LEP IV (mindestens 3 WEA im räumlichen Verbund)

OVG Lüneburg mit Beschluss vom 28.01.2021 – 12 MS 6/21

(Rück-) Verweisungsbeschluss an das Verwaltungsgericht bei Windenergiebezug der Rechtssache i. S. v. § 48 Abs. 1 Nr. 3a VwGO

Aus dem Inhalt: Erstinstanzliche Zuständigkeit für Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz ohne vorherige Klageerhebung, wenn diese vor Inkrafttreten des Investitionsbeschleunigungsgesetzes (3.12.2020) rechtshängig waren

VGH Mannheim mit Beschluss vom 29.12.2020 – 10 S 3479/20

Erfolgreiche Beschwerde gegen die Streitwertfestsetzung in der Eingangsinstanz

Aus dem Inhalt: Keine Differenzierung nach der Zahl der WEA bei der Streitwertfestsetzung für Drittanfechtungsklage

VGH Mannheim mit Urteil vom 19.11.2020 – 5 S 1107/18

Erfolgreicher Normenkontrollantrag einer Gemeinde gegen die Teilfortschreibung eines Regionalplans mit Festlegungen zu Vorranggebieten für Windenergienutzung

Aus dem Inhalt: Unionsrechtskonformität des Landesplanungsgesetzes und anderer Rechtsgrundlagen des Regionalplans mit Blick auf SUP-Pflicht von Plänen und Programmen; Wahlrecht des Planungsträgers zwischen paralleler Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans und Umweltprüfung nach § 9 ROG 2008; erhebliche Abwägungsfehlerhaftigkeit bei Zugrundelegung einer unterdurchschnittlichen Anlagenhöhe zur Bemessung der wegen Lärmschutz erforderlichen Siedlungsabstände (weiche Tabuzonen); erhebliche Abwägungsfehlerhaftigkeit bei Zugrundelegung der landesentwicklungsplanerisch bestimmten (aber unverbindlichen) Ausbauziele

OVG Münster mit Beschluss vom 17.12.2020 – 8 E 862/20

Erfolgreiche Beschwerde gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss in der Eingangsinstanz

Aus dem Inhalt: Notwendigkeit eines Schallgutachtens zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung nach § 162 Abs. 1 VwGO

OVG Münster mit Beschluss vom 17.12.2020 – 8 B 1317/20

Erfolgreiche Beschwerde gegen die erstinstanzliche Ablehnung eines Antrages auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen einen Zurückstellungsbescheid (§ 15 Abs. 3 S. 1 BauGB) nach Antrag auf Genehmigung für WEA

Aus dem Inhalt: Maß der erforderlichen Konkretisierung einer zu sichernden Planung (hier Konzentrationszonenplanung für Windenergie), Angemessenheit von Verzögerungen im Planungsprozesses

OVG Münster mit Urteil vom 04.12.2020 – 2 D 50/20.NE

Erfolgreicher Normenkontrollantrag gegen eine Veränderungssperre zur Sicherung der Planung (§ 14 Abs. 1 BauGB) eines Naherholungsbereiches im räumlichen Umfeld eines bestehenden Windparks

Aus dem Inhalt: Fehlerhafte Ausfertigung des Satzungsbeschlusses und dessen Anlagen; zeitliche Reihenfolge zwischen Aufstellungsbeschluss und Beschluss über Veränderungssperre; zum Erfordernis einer sicherungsfähigen legitimen bauleitplanerischen Vorstellung beim Ausschluss der Bebaubarkeit im Außenbereich

OVG Münster mit Urteil vom 05.10.2020 – 8 A 894/17 (Vgl. 8 A 893/17)

Erfolgreicher Berufungsantrag gegen die Aufhebung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für 4 WEA in erster Instanz

Aus dem Inhalt: Rechtliche Einschränkung des Windfarmbegriffs (UVPG 2017) als zu berücksichtigende Änderung der Rechtslage zugunsten des Genehmigungsinhabers; zum eingeschränkten naturschutzrechtlichen Prüfungsumfang der standortbezogenen Vorprüfung; Abgrenzung zwischen inhaltlichen Mängeln der Vorprüfung und Verfahrensfehlern i. S. d. § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 UmwRG; Immissionsschutzrecht, Lärm, Berücksichtigung von Vorbelastungen anderer WEA gemäß der genehmigten Schallkontingente, Berücksichtigung unterschiedlicher Witterungsbedingungen, Amplitudenmodulation; Zumutbarkeit von Immissionen, Gesamtbetrachtung

4. Verwaltungsgerichte**VG Aachen mit Beschluss vom 13.10.2020 – 5 L 164/20**

Erfolgreicher Antrag einer nach § 3 UmwRG anerkannten Vereinigung auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für 5 WEA

Aus dem Inhalt: Artenschutzrechtliches Tötungsverbot, Rotmilan, geringer Abstand zum Horst (deutlich < 1.000 m), naturschutzfachlich vertretbare Bewertung divergierender Ergebnisse der Raumnutzungsanalysen unterschiedlicher Jahrgänge

VG Düsseldorf mit Beschluss vom 26.10.2020 – 28 K 5145/15

Erfolgreiche Erinnerung gegen den in der Sache ergangenen Kostenfestsetzungsbeschluss

Aus dem Inhalt: Kosten für Schallgutachten als notwendige Rechtsverfolgungskosten nach § 164 VwGO bei gerichtlicher Aufforderung

VG Frankfurt (Oder) mit Urteil vom 16.12.2020 – 5 K 652/19

Erfolgreiche Verpflichtungsklage auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für 2 WEA

Aus dem Inhalt: Nach § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB entgegenstehende LSG-Verordnung bei regionalplanerischer Ausweisung eines Eignungsgebietes für Windenergie am beantragten Standort, Vorbelastung der geschützten Landschaft durch Hochspannungsleitungen; Befreiungsentscheidung nach § 67 BNatSchG

VG Stuttgart mit Beschluss vom 13.11.2020 – 13 K 3126/20

Erfolgreicher Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs einer nach § 3 UmwRG anerkannten Vereinigung gegen eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für 1 WEA

Aus dem Inhalt: Umfang der standortbezogenen Vorprüfung (keine Ermittlungen zu Infraschall und Brandgefahren); artenschutzrechtliches Tötungsverbot, Rotmilan, zur Unzulässigkeit einer Flughöhenbewertung bei Ermittlung der Aufenthaltswahrscheinlichkeit im Nahbereich der Anlage; Prüfung der mit der Entscheidung konzentrierten Waldumwandlungsgenehmigung (§ 9 WaldG)

IV. Literatur

1. Juristische Aufsätze und Beiträge

Decker, Andreas

§ 249 Abs. 3 BauGB reloaded

Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR), 2021, Heft 1, S. 19-24

Aus dem Inhalt: „Durch das Gesetz zur Einführung einer Länderöffnungsklausel zur Vorgabe von Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und zulässigen Nutzungen vom 15. Juli 2014 ist § 249 BauGB ein Abs. 3 angefügt und die Überschrift der Norm dem angepasst worden. Die Änderung trat am 1. August 2014 in Kraft und räumte den Ländern die Befugnis ein, durch Landesgesetze zu bestimmen, dass § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung findet, wenn sie einen bestimmten Abstand zu den im Landesgesetz bezeichneten zulässigen baulichen Nutzungen einhalten. Die Ermächtigung galt zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2015. Von ihr hat allein der Freistaat Bayern Gebrauch gemacht.“

Fachagentur Windenergie an Land

Höhenbegrenzung von Windenergieanlagen - Eine planungsrechtliche Bewertung vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit und der EEG-Ausschreibungen

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Seit der Gesetzesnovelle im Jahr 1996 sind Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Wind oder Wasserenergie dienen, nach dem Baugesetzbuches (BauGB) im Außenbereich privilegiert zulässig. Der damaligen Novelle des BauGB lag das Ziel zugrunde, den aus klima-, energie- und umweltpolitischen Gründen erforderlichen Ausbau der Windenergie zu stärken und Windenergievorhaben zugleich aus baurechtlicher Sicht einen festen Platz im Außenbereich zuzuweisen. Innerhalb dieses Rahmens sind in den letzten zwei Jahrzehnten bundesweit zahlreiche Windenergieanlagen errichtet worden. Dabei haben sich auch die Höhe und Leistung der Anlagen stetig fortentwickelt. Unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und vor dem Hintergrund geringer Flächenverfügbarkeit ist das positiv zu bewerten. Allerdings können sich mit zunehmender Anlagenhöhe Konflikte zwischen Windenergievorhaben und anderen Schutzgütern ergeben; so bspw. mit Belangen des Landschaftsbildes und der Flugsicherheit. (...)“

Link: <https://t1p.de/9157>

Fachagentur Windenergie an Land/ von Bredow Valentin Herz Rechtsanwälte mbB**Weiterbetrieb von Windenergieanlagen – Was gilt es zu beachten?**

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Zum Jahreswechsel 2020 / 2021 endete für alle Windenergieanlagen, die im Jahr 2000 oder zuvor in Betrieb genommen worden waren, der ursprüngliche 20-jährige Förderanspruch nach dem EEG. Sukzessive werden in den nächsten Jahren weitere Anlagen folgen; so Ende 2021 die im Jahr 2001 in Betrieb genommenen Windenergieanlagen, Ende 2022 die Neuanlagen aus dem Jahr 2002 usw. Im Zusammenhang mit dem Ende der regulären Förderung stellen sich eine Reihe Fragen, die nicht nur die Vergütung, sondern auch die öffentlich-rechtliche Genehmigung und die Flächennutzungs- und Betriebsführungsverträge, die in der Regel zunächst für einen 20-jährigen Betriebszeitraum konzipiert waren, betreffen. (...)“

Link: <https://t1p.de/agkx>**Franke, Peter/Recht, Thomas****Räumliche Steuerung im Energierecht: Stand und Effektivität**

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 1, S. 15-22

Aus dem Inhalt: „Zur Umsetzung der Energiewende ist in mehrfacher Hinsicht eine Steuerung der Errichtung von raumbeanspruchenden Anlagen erforderlich. Das gilt zunächst für den Netzausbau, aber auch zur Sicherung des notwendigen Zubaus von Windkraftanlagen an Land wird das Erfordernis einer Fortentwicklung des planerischen Instrumentariums zunehmend deutlich. Der Beitrag untersucht, welche Rolle im Energiebereich raum- und fachplanerische Instrumente spielen und wie ihre Vor- und Nachteile bei der Ausgestaltung künftiger Steuerungsinstrumente zu berücksichtigen sind.“

Gellermann, Martin/Schumacher, Jochen**Absicht ist nicht gleich Absicht? Anmerkung zu den Schlussanträgen der Generalanwältin Kokott vom 10.9.2020, i.d. Rs. C-473/19 und C-474/19**

Natur und Recht (NuR), 2020, Heft 12, S. 841–844

Aus dem Inhalt: „In ihrem aktuellen Bericht Nr. 10/2020 gelangt die Europäische Umweltagentur (EEA) zu der Erkenntnis, dass es trotz aller gegenläufigen Bemühungen der Mitgliedstaaten bis heute nicht gelungen ist, dem fortschreitenden Verlust der Biodiversitäts- und Artenvielfalt Einhalt zu gebieten. Mehr als 80 Prozent der geschützten Lebensräume befinden sich in einem schlechten Zustand; zudem werden weniger als die Hälfte der Vogelarten in der

Europäischen Union (47 %) als „gut“ geschützt bewertet. Vor diesem Hintergrund dürfen sich die Ausführungen der Generalanwältin Kokott in deren Schlussanträgen vom 10.9.2020 gesteigerter Aufmerksamkeit gewiss sein, zumal sie darauf hinauslaufen, den Schutz zu relativieren, zu dem Art. 5 der Vogelschutz-Richtlinie 2009/147/EG (V-RL) die Mitgliedstaaten im Interesse der Bewahrung des europäischen Naturerbes verpflichtet.“

Grotefels, Susan

Integrative Steuerung in der Energie- und Verkehrswende durch Raumordnung, insbesondere Regionalplanung: Stand und Fortentwicklung

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 1, S. 25-33

Aus dem Inhalt: „Der folgende Beitrag beleuchtet die Steuerungsmöglichkeiten der Raumordnung, insbesondere der Regionalplanung, für die Energie- und Verkehrswende. Dabei werden schwerpunktmäßig die geltenden raumordnerischen Regelungen, aber auch Optionen für eine Fortentwicklung der überörtlichen Gesamtplanung in den Blick genommen. Die Aufgabe der überörtlichen integrativen Steuerung im Sinne von Abstimmung, Konfliktausgleich (§ 1 Abs. 1 ROG) oder Koordinierung (§ 7 Abs. 4 ROG) kann im Wesentlichen durch Raumordnungspläne (§ 3 Abs. 1 Nr. 7 ROG) als zusammenfassende bzw. fachübergreifende, überörtliche Pläne wahrgenommen werden.“

Knauff, Matthias

Die Verbandsklage im Energiesektor

Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ), 2021, Heft 1-2, S. 3-6

Aus dem Inhalt: „Der umweltrechtlichen Verbandsklage kommt in Deutschland eine hohe Relevanz für den Energiesektor zu. Anerkannte Umweltschutzvereinigungen sind nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz berechtigt, umweltrelevante Vorhaben der Energiewirtschaft ohne die Notwendigkeit einer eigenen Rechtsverletzung gerichtlich anzugreifen. Infolge der Qualifikation vormals im deutschen Recht bestehender Präklusionsvorschriften als europarechtswidrig sind die Anforderungen an eine erfolgreiche Verbandsklage nochmals geringer geworden. Mit der neu gefassten Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher steht eine zusätzliche Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeiten im Energiesektor bevor.“

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende Artenschutz und Europarecht im Kontext der Windenergie - Der Klimaschutz und die Auslegung der Ausnahmeregelungen der Vogelschutzrichtlinie

Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Die europäische Vogelschutzrichtlinie stellt ein strenges Artenschutzregime für europäische Vogelarten auf. Gleichzeitig eröffnet sie Möglichkeiten, von verbotenen Handlungen Ausnahmen zu gewähren, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Das Bundesnaturschutzgesetz spiegelt dieses Regel-Ausnahme-Verhältnis im Grundsatz wider. Aktuell entspannt sich eine Diskussion darüber, ob Ausnahmegenehmigungen erteilt werden können, wenn Windenergieanlagen errichtet und betrieben werden sollen, obwohl prognostiziert wird, dass hierbei windenergiesensible Vogelarten getötet werden. Einerseits wird diskutiert, welcher Ausnahmegrund auf Windenergievorhaben anwendbar ist. Andererseits steht zur Debatte, ob der Ausnahmekatalog der Vogelschutzrichtlinie abschließend ist, oder ob der im Bundesnaturschutzgesetz festgeschriebene Ausnahmegrund der „zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses“ auch auf europäische Vogelarten angewandt werden kann.“

Link: <https://t1p.de/l39j>

Kümper, Boas

Integrative Steuerung in der Energie- und Verkehrswende durch städtebauliche Instrumente: Stand und Fortentwicklung

Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR), 2021, Heft 1, S. 33-39

Aus dem Inhalt: „Der Beitrag untersucht auf der Grundlage der übergreifenden Fragestellung „sektorale oder integrative Steuerung?“ Möglichkeiten und Grenzen einer bauleitplanerischen Unterstützung der Energiewende und der Verkehrswende. Hierzu greift er aus dem Bereich der Energiewende die Windenergiegewinnung heraus und hinterfragt die Leistungsfähigkeit des geltenden bauplanungsrechtlichen Regimes. Mit Blick auf die Verkehrswende stellt er den flächenbezogenen bauplanungsrechtlichen einem fachplanerischen Ansatz gegenüber, der sich als verkehrsmittelübergreifende „Gesamtverkehrsplanung“ seinerseits als „integrativ“ verstehen lässt.“

Lau, Markus

Erleichterungen im besonderen Artenschutz – die Schlussanträge der Generalanwältin Kokott vom 10.9.2020 im Fall Härryda

Natur und Recht, 2021, S. 28–32

Aus dem Inhalt: „Mit ihren Schlussanträgen vom 10.9.2020 zeigt Generalanwältin Kokott Wege auf, die berechtigten Belange modernen menschlichen Lebens mit dem Schutz seltener und besonders gefährdeter Arten in Einklang zu bringen. Nachdem in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten das besondere Artenschutzrecht auf europäische Initiative hin, insbesondere durch die Auslegung der diesbezüglichen Bestimmungen in der Vogelschutz- und FFH-Richtlinie durch den EuGH, immer strenger geworden ist, bahnt sich nun möglicherweise eine neue Akzentuierung an. Auch wenn das Urteil des EuGH in dem Fall noch nicht vorliegt, lohnt bereits jetzt ein genauerer Blick auf die Schlussanträge.“

Stiftung Klimaneutralität

Sachdienliche Änderungen des Baugesetzbuchs zur Förderung von Flächenausweisungen für Windenergieanlagen

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Die aufgezeigten Leistungsziele müssen durch erneuerbare Energien erbracht werden, die heute noch nicht (vollständig) genutzt werden können. Es fehlen insbesondere die notwendigen Flächenausweisungen, um genügend Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien zu errichten. Nach aktuellen Schätzungen wäre es notwendig, etwa 2% der Gemeindeflächen für die Windenergie zur Verfügung zu stellen. Hiervon ist die Praxis mit bislang 0,9% der Gemeindeflächen noch weit entfernt.“

Link: <https://t1p.de/k50n>

Stiftung Klimaneutralität

Wie kann die Verfügbarkeit von Flächen für die Windenergie an Land schnell und rechtssicher erhöht werden?

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Das Gutachten „Klimaneutrales Deutschland“ hat aufgezeigt, dass bis 2030 Windenergieanlagen an Land mit einer installierten Leistung von 80 GW benötigt werden. Diese Zahl erhöht sich bis 2050 auf 130 GW. Ende 2020 waren knapp 55 GW installiert. Im Zuge der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft wird die Windenergie zur wichtigsten Energiequelle in Deutschland und damit zur Voraussetzung für Versorgungssicherheit. Ohne sie

kann die Versorgung der Mobilitäts-, Gebäude- und Industriesektoren mit CO₂-freier Energie nicht gelingen“

Link: <https://t1p.de/2wg4>; <https://t1p.de/djuw> (Kurz-Präsentation)

Stüer, Bernhard/Stüer, Eva-Maria

Anmerkung zu EuGH, U. v. 25.06.2020 - Rs. C-24/19 - (Fehlerfreie Umweltprüfung für Pläne und Programme der Zulassungsentscheidung vorrangig; Regionaler Städtebaubeamter für den Raum Flandern, Belgien)

Umweltrechtliche Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, 2020, S. 219–220

Aus dem Inhalt: „Nicht nur UVP-pflichtige Zulassungsentscheidungen, sondern auch SUP-pflichtige Pläne und Programme unterliegen der Umweltprüfung. Das hat der EuGH aus Art. 2 SUPRL abgeleitet. Der Ausdruck „Pläne und Programme“ bezeichnet danach „Pläne und Programme ... sowie deren Änderungen, die von einer Behörde auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ausgearbeitet und/oder angenommen werden oder die von einer Behörde für die Annahme durch das Parlament oder die Regierung im Wege eines Gesetzgebungsverfahrens ausgearbeitet werden und die aufgrund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erstellt werden müssen“. Um eine effektive Umsetzung des Europarechts zu gewährleisten, hat der EuGH Zweifel in der Auslegung durch eine möglichst weitgehende Anwendung des Geltungsbereichs der Richtlinie beiseitegeschoben.“

Wülbeck, Sebastian

Die fiktive Betriebsbereitschaft des Offshore-Windparks und die Fertigstellung der Netzanbindung i. S. d. § 17e II EnWG

Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ), 2020, Heft 12, S. 440-444

Aus dem Inhalt: „Die Neuregelung der Haftung des Übertragungsnetzbetreibers in § 17e EnWG zum 28.12.2012 hat neue praxisrelevante Fragen aufgeworfen. Dazu zählt die Frage, welche Anforderungen an die Errichtung des an das Übertragungsnetz anzuschließenden Offshore Windparks zu stellen sind, damit dieser als (fiktiv) betriebsbereit i. S. d. § 17e II EnWG gilt. Umstritten ist auch, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die Netzanbindung als fertiggestellt i. S. d. § 17e II EnWG gilt. Der nachfolgende Beitrag behandelt diese Fragen zur Anwendung und Auslegung des § 17e II EnWG.“

2. Sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen

Agora Energiewende

Minimizing the cost of integration wind and solar power in Japan – insights for Japanese power system transformation up to 2030

Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Japan has committed to reduce its greenhouse gas emissions to net zero by 2050. This pledge is a game changer for an industrialized nation such as Japan and a fantastic opportunity to fundamentally change the Japanese energy system, which still relies heavily on fossil fuels. While in Japan the costs of renewable energy are still high compared to international standards, they are expected to continue their decrease. By 2025, the generation costs of solar PV and wind energy are expected to be close to or even lower than any other sources of electricity generation. With these sharply declining costs of solar PV, wind power and storage units, the transformation towards a low carbon economy in Japan can be massively based on renewables and electrification.“

Link: <https://t1p.de/xy5c>

Deutsche WindGuard

Status des Windenergieausbaus an Land – Jahr 2020

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Im Jahresverlauf 2020 wurden in Deutschland an Land 420 Windenergieanlagen (WEA) mit einer Leistung von insgesamt 1.431 MW zugebaut. Im Vergleich zum Rekordtief im Vorjahr wurde eine Zubausteigerung von etwa 46% erreicht.“

Link: <https://t1p.de/so4i>

Deutsche Windguard

Status des Offshore-Windenergieausbaus – Jahr 2020

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Zum Ende des Jahres 2020 sind 1.501 Offshore-Windenergieanlagen (OWEA) mit einer Leistung von 7.770 MW in Betrieb. Im europäischen Vergleich belegt Deutschland damit den zweiten Platz hinter Großbritannien. Die aktuelle Ausbaustufe wurde mit der Inbetriebnahme von 32 OWEA mit 219 MW im Jahresverlauf 2020 abgeschlossen. Einzige weitere Entwicklung des Jahres sind Leistungsupgrades an einigen Bestandsanlagen. Es befinden sich keine neuen Offshore-Windenergieprojekte (OWP) in Bau, sodass für das Jahr 2021 kein Leistungszubau erwartet wird. Ab 2022 sollen die in den

Ausschreibungsrunden 2017/2018 bezuschlagten OWP in Betrieb genommen werden. Sukzessive werden diese den Leistungsbestand bis 2025 auf 10,8 GW steigern. Projektflächen zur Erreichung des Ende 2020 erhöhten Ausbauziels von 20 GW in 2030 werden ab 2021 ausgeschrieben und sollen ab 2026 ans Netz gehen.“

Link: <https://t1p.de/so4i>

Fachagentur Windenergie an Land

EEG 2021: Ausschreibungsspezifische Regelungen für Windenergie an Land

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „Das Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften (kurz EEG 2021) in der Fassung des Beschlussvorschlages des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie trat am 1. Januar 2021 in Kraft. In der vorliegenden Ausarbeitung sollen die ausschreibungsspezifischen Regelungen im EEG zur Förderung des Stroms aus Windenergieanlagen an Land erklärt werden.“

Link: <https://t1p.de/5i49>

Fachagentur Windenergie an Land

Ausbausituation der Windenergie an Land im Jahr 2020 - Auswertung windenergiespezifischer Daten im Marktstammdatenregister für den Zeitraum Januar bis Dezember 2020

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „2020 war nach 2019 das zweitschwächste Ausbaujahr für die Windenergie seit mehr als 20 Jahren. Dies zeigt die Auswertung der im Marktstammdatenregister erfassten Inbetriebnahmezahlen: Zwischen Januar und Dezember 2020 gingen 417 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 1.418 MW ans Netz. Im Vergleich zu den Ausbaujahren 2014 bis 2018 entspricht dies einem Minus von 66 Prozent. Den Bundesländervergleich führt erstmals Nordrhein-Westfalen an: Dort gingen 92 Windturbinen mit 314 MW Leistung in Betrieb. An zweiter Stelle folgt Brandenburg mit 242 MW Neuanlagenleistung. Auf dem dritten Platz steht Niedersachsen mit 160 MW.“

Link: <https://t1p.de/bu24>

Fachagentur Windenergie an Land**Synopse: Windenergiespezifische Änderungen/Neuerungen im EEG 2021**

Januar 2021

Link: <https://t1p.de/gnv6>**Fachagentur Windenergie an Land****Analyse: 20. Ausschreibung für Windenergie an Land (Dezember 2020)**

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „In der letzten Ausschreibungsrunde des Jahres 2020 für Windenergieanlagen an Land wurden 367 MW auktioniert. Der Gebotstermin war, erstmals seit einem Jahr, überzeichnet. Es wurden insgesamt 96 Gebote (so viele wie seit Mai 2018 nicht mehr) mit 657 MW Windenergieleistung für potenzielle Anlagenstandorte in elf Bundesländern offeriert. Die sich anbahnende Überzeichnung der Gebotsmenge scheint so manchen Bieter – anders als in den vorangegangenen Auktionen in diesem Jahr – dazu bewogen haben, deutlich unter dem Höchstwert zu bieten. Der mittlere Gebotswert lag 0,13 ct/kWh unterhalb des Durchschnitts der letzten sechs Ausschreibungen. Der Zuschlagswert blieb infolge der Wettbewerbsintensität sogar um 0,23 ct/kWh unter dem Mittel der anderen Auktionen des Jahres 2020.“

Link: <https://t1p.de/mzav>**Fachagentur Windenergie an Land****Kompaktwissen: Akzeptanz besser verstehen**

Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Akzeptanz ist ein so viel verwendeter wie vielschichtiger Begriff. Je nach Perspektive kann unterschieden werden zwischen Akzeptanz vor Ort, gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz, Marktakzeptanz und politischer Akzeptanz. Dabei kann Akzeptanz aktiv oder passiv sein und ein Vorhaben positiv oder negativ bewerten (Abbildung 1). Mit den Perspektiven variieren auch die Akzeptanzbefunde: Die gesellschaftliche Akzeptanz der Windenergie ist seit Jahren hoch. Ihre Marktakzeptanz steigt und die Akzeptanz für bestehende Anlagen im Wohnumfeld ist stark ausgeprägt. Um dem aktiven Widerstand meist relativ kleiner Gruppen in der öffentlichen Wahrnehmung und deren Einfluss auf die Akzeptanz in entscheidenden Teilen der Politik etwas entgegenzusetzen, reicht eine passive Befürwortung nicht aus. Entscheidend für die positive Wahrnehmung eines Windenergieprojekts vor Ort ist vielmehr, ob es eine aktive Befürwortung durch die Menschen erfährt.“

Link: <https://t1p.de/iy4b>

Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende
KNE-Auswahlbibliografie „Windenergienutzung auf Waldstandorten“

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „Der inhaltliche Schwerpunkt bei den ‚weiteren Fachveröffentlichungen‘ liegt auf Studien und Forschungsberichten, die sich mit den spezifischen Auswirkungen von Windenergieanlagen (WEA) auf Waldstandorten auf Natur und Landschaft widmen. Hierbei werden auch Veröffentlichungen berücksichtigt, die sich auf im Wald lebende Arten beziehen, und die somit bei WEA-Planungen und Genehmigungen relevant sein können.“

Link: <https://t1p.de/jrox>**WindNODE**
Synthesebericht - Flexibilität, Markt und Regulierung

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Um diese Ergebnisse zusammenzuführen, sind innerhalb von WindNODE zwei Koordinierungskomitees zum Thema Flexibilität eingeführt worden, in denen Expertinnen und Experten mitgewirkt und jeweils ein eigenständiges Produkt entwickelt haben. Das „Best-Practice-Manual“ des Koordinierungskomitees „Flexibilitäten identifizieren!“ legt den Fokus auf die individuellen Identifikations- und Nutzungsmöglichkeiten von Flexibilität. Den Synthesebericht des zweiten Komitees – „Flexibilität, Markt und Regulierung“ – halten Sie in den Händen. In diesem Bericht stehen in erster Linie die Erfahrungen von Netzbetreibern und Marktteilnehmern bei der Aktivierung neuer Flexibilitätsoptionen für verschiedene Einsatzzwecke im Mittelpunkt. Darüber hinaus wird der zugrundeliegende rechtliche Rahmen analysiert und das technische Flexibilitätspotenzial in der WindNODE-Region bestimmt.“

Link: <https://t1p.de/8bis>

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages
Lokale mikroklimatische Effekte durch Windkraftträder
Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Im Zuge des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung wird u.a. die Windenergie als eine Form der alternativen Energiegewinnung ausgebaut. Zu den häufigsten Kritikpunkten in der Diskussion um die Windenergie zählen gesundheitliche Beschwerden, ästhetische Aspekte sowie Auswirkungen auf Flora und Fauna. Gegenstand dieser Arbeit ist hingegen lediglich die vergleichsweise junge Kritik, dass sich infolge des Betriebs von Windkraftanlagen das sog. Mikroklima ändere.“

Link: <https://t1p.de/hi1z>

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages
Rechtliche Einzelfragen des Mindestabstands von Windenergieanlagen zu Wohngebieten
Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Windenergie hat sich in den vergangenen Jahren zu einer tragenden Säule der Energiewende entwickelt. Immer mehr Windenergieanlagen werden errichtet. Insbesondere vor dem Hintergrund der hierdurch mitunter entstehenden Licht- und Lärmemissionen sollen daher nachstehend überblicksartig und summarisch die rechtlichen Rahmenbedingungen etwaiger Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Wohngebieten dargestellt werden.“

Link: <https://t1p.de/d61e>

Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages
Zu einem Einzelaspekt der Erosion von Rotorblättern von Windrädern
Dezember 2020

Aus dem Inhalt: „Aufgrund der Umwelteinflüsse wie UV-Strahlung, Wind und Temperaturwechsel sind Rotorblätter von Windkraftanlagen anfällig für Erosion. Infolge dessen kann es zu Abnutzungen und Rissbildung kommen. Hierdurch verschlechtern sich die aerodynamischen Eigenschaften der Flügel. Aus diesem Grund müssen die Rotoren regelmäßig gewartet werden. Das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) entwickelt daher ein Testverfahren, mittels dessen die Beständigkeit verschiedener Beschichtungsmethoden evaluiert werden kann.“

Link: <https://t1p.de/ju78>

3. Sonstiges

Bundesverband WindEnergie

Kommentierung des Beschlusses der Umweltministerkonferenz vom 11.12.2020 zur Standardisierung im Bereich Naturschutz und Windenergie

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „Am 11.12.2020 hat die Umweltministerkonferenz (UMK) in einer Sondersitzung den „Standardisierte(n) Bewertungsrahmen zur Ermittlung einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos im Hinblick auf Brutvogelarten an Windenergieanlagen (WEA) an Land – Signifikanzrahmen“ (nachfolgend „Signifikanzrahmen“) beschlossen. Von Bedeutung für die Windenergiebranche ist nicht nur der „Signifikanzrahmen“ als solcher, sondern auch der Beschlusstext.“

Link: <https://t1p.de/rg3v>

Bundesverband WindEnergie

Stellungnahme zu: Fachliche Empfehlungen für avifaunistische Erfassung und Bewertung bei Windenergieanlagen-Genehmigungsverfahren – Brutvögel, LAG VSW 2020

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Die Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW) hat „Fachliche Empfehlungen für avifaunistische Erfassung und Bewertung bei Windenergieanlagen-Genehmigungsverfahren – Brutvögel“ (kurz: „Fachempfehlungen“) erarbeitet und im April 2020 veröffentlicht. Diese Ausarbeitung diente bereits vor Veröffentlichung als Grundlage für die vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) unter Mitwirkung des Kompetenzzentrums für Naturschutz und Energiewende (KNE) erstellten Dokumente „Methodenvorschlag des Bundes zur Prüfung und Bewertung eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos von Vögeln an WEA“ (kurz: Methodenvorschlag) sowie „Windenergienutzung und Artenschutz - Anforderungen an die Prüfung und Bewertung eines signifikant erhöhten Tötungsrisikos im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung von Windenergieanlagen“ (kurz: Anforderungen). Die Anforderungen wurden von der Umweltministerkonferenz (UMK) im Mai 2020 zur Kenntnis genommen, eine Befassung mit dem Methodenvorschlag fand aufgrund kontroverser Diskussionen nicht statt.“

Link: <https://t1p.de/wkww>

Deutsche Umwelthilfe

Analyse - Die sieben größten Probleme für den Ausbau Erneuerbarer Energien im EEG 2021

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Im Jahr 2020 haben Erneuerbare Energien erstmals fast die Hälfte des deutschen Stromverbrauchs decken können – zweifelsohne ein Meilenstein. Doch der Weg zu einer Energieversorgung vollständig mit Erneuerbaren Energien ist noch weit und die entscheidenden Impulse müssen jetzt gesetzt werden. Trotz einiger zu begrüßender Änderungen in der EEG-Novelle verpasst es das Gesetz aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe (DUH), den so dringend nötigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit die Dekarbonisierung der Energieerzeugung entscheidend voranzubringen.“

Link: <https://t1p.de/6vyh>

Greenpeace

Die Gegner der Energiewende

Februar 2021

Aus dem Inhalt: „Der Ausbau der Windkraft kommt langsamer voran als geplant. Das liegt auch an den zahlreichen Klagen. Und nicht immer geht es dabei um Naturschutzbelange wie Vogelschutz oder um die Rechte der Anwohner. Einige Akteure führen einen Kreuzzug gegen die Windenergie, weil sie die ganze Energiewende ablehnen und den Klimawandel in Zweifel ziehen. Und auch die Industrie mischt mitunter mit, aus Gründen der höheren Glaubwürdigkeit getarnt als Bürgerinitiative.“

Link: <https://t1p.de/5a8k>

Verband kommunaler Unternehmen

Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz vom 02.12.20

Januar 2021

Aus dem Inhalt: „Das Bundeskabinett hat am 02.12.2020 den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der RED II für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz beschlossen. Der in diesem Entwurf geplante § 16b BImSchG („§ 16b BImSchG-Entwurf“) sieht ein vereinfachtes Verfahren für

das Repowering von EE-Anlagen vor. Nach Einschätzung des VKU hat § 16b BIm-SchG-Entwurf so gut wie keinen entlastenden Effekt für Repowering-Projekte. Die vorgeschlagene Regelung birgt im Gegenteil das Risiko, dass sich die Rechtsunsicherheit erhöht und Genehmigungen, die nach dem geplanten Verfahren erteilt werden, juristisch angreifbar sind.“

Link: <https://t1p.de/rglu>

Der Newsletter stellt eine Auswahl an windenergiebezogenen Themen dar und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Irrtümer, Fehler und Änderungen vorbehalten. Auf die Inhalte externer Internetseiten, auf die in diesem Newsletter verlinkt wird, hat die die Stiftung Umweltenergierecht keinen Einfluss. Deshalb ist die Stiftung Umweltenergierecht für diese Inhalte nicht verantwortlich und kann für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr und Haftung übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist allein der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.



Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.

Kontakt

Hannah Lallathin
Referentin Fundraising
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken
IBAN: DE16 7905 0000 0046 743183
BIC: BYLADEM1SWU

Informationen zum Herausgeber:

Herausgeber: Stiftung Umweltenergierecht, Ludwigstraße 22, 97070 Würzburg; V.i.S.d.P.: Thorsten Müller; Kontakt: Tel.: +49 931/794077-0, Fax: +49 931/794077-29, www.stiftung-umweltenergierecht.de, mail@stiftung-umweltenergierecht.de; Stiftungsrat: Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Franz Reimer, Prof. Dr. Monika Böhm; Stiftungsvorstand: Thorsten Müller, Fabian Pause, LL.M. Eur